

K1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: .

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 Lebensgrundlagen erhalten

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist die Aufgabe unserer Zeit. Denn die Klimakrise und das Artensterben sind längst auch in Nordrhein-Westfalen angekommen, sie finden direkt vor unserer Haustür statt. Wer Klima und Umwelt schützt, schützt auch unsere Freiheit und die der nachfolgenden Generationen. Wenn wir jetzt entschlossen handeln, können wir die schlimmsten Auswirkungen der Klimakatastrophe und des Artensterbens noch abwenden. Dafür braucht die Klima- und Umweltpolitik NRW einen echten Neustart. Sehr viele Menschen in NRW sind schon längst weiter als die Landesregierung: Es sind die vielen Millionen, die beispielsweise eine Solaranlage oder Teile davon besitzen; all diejenigen, die Produkte aus der Region kaufen, verstärkt Rad, Bus und Bahn benutzen und für einen starken Klimaschutz auf die Straße gehen. Sie alle verdienen Unterstützung in ihrem Engagement durch einen von Bundes- und Landespolitik gestalteten Rahmen, der eine klimaneutrale Gesellschaft tatsächlich möglich macht. Im Klimaschutz steckt eine riesige Chance für einen sozialen und ökologischen Wandel, der das Leben in Nordrhein-Westfalen für alle verbessern wird. Ein klimagerechter Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit, neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze, intakte Natur und eine höhere Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land sind unsere Leitplanken. Dieser Wandel geht nur mit einer mutigen Politik, die Vorsorge und Verantwortung endlich großschreibt und nicht im Reparatur-Modus verharrt. Mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm schlagen wir jetzt die Pflöcke ein, um unser Land bis 2040 klimaneutral zu machen und auf den 1,5°C-Pfad des Pariser Klimaabkommens zu kommen. Der Kohleausstieg bis 2030 gehört genauso zu unserem Plan wie ein Industriepakt mit der Wirtschaft und einem Klimavorbehalt für alle Landesgesetze. Mit Sonnenenergie von jedem geeigneten Dach und Rückenwind für die Windenergie machen wir NRW zum Vorreiter bei den Erneuerbaren Energien. So schaffen wir zehntausende sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze. Wir machen das Unterwegssein im Land einfach, sicher, umweltfreundlich und für alle bezahlbar. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass unsere Mobilität nicht weiter das Klima aufheizt, lärmt und die Luft in unseren Städten verschmutzt. Für Fahrräder und Fußgänger*innen gibt es mehr Platz. Dörfer und auch abgelegene Regionen binden wir endlich an Bus, Bahn und vernetzte Mobilitätsangebote an. Grüne Oasen in der Stadt spenden auch im Sommer Schatten und sorgen für frische Luft. Und auch die Industrie wird durch den Umstieg auf erneuerbare Energien und konsequente Kreislaufwirtschaft leiser, sauberer und effizienter. Von Dürre und Borkenkäfern gezeichnete Wälder ergrünen wieder als widerstandsfähige und klimaangepasste Mischwälder. Mehr Platz für Tiere in den Ställen sorgt für mehr Tierwohl, besseren Klimaschutz und gesündere Nahrungsmittel. Die Landwirte erhalten faire Preise für ihre Produkte und einen Ausgleich für die Leistungen, die sie für Umwelt- und Klimaschutz und damit für uns alle erbringen. Wir geben

44 der Natur wieder mehr Raum, holen die Schmetterlinge zurück in unsere Gärten und
45 Parks und die Bienen wieder zurück auf die Felder. Zu diesem Zweck setzen wir
46 die Forderungen der Volksinitiative Artenschutz um und reduzieren den
47 Flächenverbrauch ebenso wie den Pestizideinsatz.

48 Wir schützen das Klima

49 Sofortprogramm für mehr Klimaschutz in NRW

50 Nordrhein-Westfalen kann auf den 1,5-Grad-Pfad kommen und bis 2040 klimaneutral
51 werden. Dafür leiten wir die wichtigsten Maßnahmen mit einem Klimaschutz-
52 Sofortprogramm ein. Wir nutzen alle Möglichkeiten, die wir auf Landesebene
53 haben, um den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen und stellen den
54 Kohleausstieg bis 2030 sicher. Wir legen ein Klimaschutzgesetz vor, das hält,
55 was es verspricht. Mit klar definierten jährlichen Zielen für jeden Sektor und
56 verpflichtenden Plänen, wie sie erreicht werden sollen. Ein Klima-
57 Sachverständigenrat überwacht die Erreichung der Ziele. Kommunen statten wir mit
58 mehr Geld und Personal für Klimaschutz und den Schutz vor Klimawandelfolgen aus.
59 Kommunale Planungen und Konzepte zu Klimaschutz und Klimaanpassung sind für uns
60 Teil der Daseinsvorsorge. Mit klaren Regeln und Zielen schaffen wir Planungs- und
61 Investitionssicherheit für die Unternehmen im Land. Industrieunternehmen geben
62 wir mit einem Industriepakt gezielt Unterstützung für Investitionen in
63 klimaneutrale Prozesse. Damit ergänzen wir auch die Instrumente, die umgehend
64 auf Bundesebene auf den Weg gebracht werden müssen: eine höhere CO₂-Bepreisung,
65 Klimaverträge und steuerliche Anreize für Investitionen in Klimaneutralität.
66 Beim Verkehr senken wir die Emissionen mit einem ambitionierten Fahrradgesetz,
67 einem Klima-Check für Straßenbauvorhaben und mehr Unterstützung für den Ausbau
68 von Bus und Bahn. Haushalte mit geringen Einkommen wollen wir mit höheren
69 Förderquoten in Landesförderprogrammen besonders unterstützen.

70 Klima-Check für alle Landesgesetze und für Förderprogramme

71 Wir werden einen Klimavorbehalt für neue Gesetze einführen. Schon jetzt fordert
72 das Klimaschutzgesetz, dass neue Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften
73 den Zielen des Klimaschutzgesetzes nicht entgegenstehen dürfen. Diese Regelung
74 werden wir auf Gesetze ausdehnen und konkreter machen: Für jedes Gesetz wird
75 berechnet, wie viel Treibhausgase entstehen oder vermieden werden und wie sich
76 das mit den Klimazielen vereinbaren lässt. Gleiches gilt für eine Abschätzung
77 der sozialen Auswirkungen. Wir haben hierbei aus Fehlern der Vergangenheit
78 gelernt und werden keine Bürokratiemonster, sondern intelligente, rasch
79 umsetzbare Verfahren auflegen. Einen vergleichbaren Klima-Check werden wir für
80 die Förderprogramme des Landes einführen. Landesgeld darf nicht die Klimakrise
81 anheizen.

82 Klimaanpassung: NRW vor der Klimakrise schützen

83 Schon heute ist es in unserem Land 1,5 Grad wärmer als zu Beginn des letzten
84 Jahrhunderts und auch wenn es uns gelingt, die Klimaschutzbemühungen deutlich zu
85 erhöhen, wird es zu einem weiteren Anstieg kommen. Besonders in ländlichen
86 Gebieten steigt die Gefahr von Waldbränden. Land, Städte und Gemeinden in
87 Nordrhein-Westfalen müssen sich noch besser an die unvermeidbaren Folgen der
88 Klimakrise anpassen, die etwa durch Hitze, Dürren, Stürme und Starkregen
89 entstehen. Um unsere Städte im Sommer zu kühlen, werden wir offene Wasserflächen
90 und mehr Grün in die Städte bringen und auf Plätzen, Dächern und Fassaden und
91 über Frischluftschneisen für Abkühlung sorgen. Bei Starkregen kommt jede

92 Kanalisation an ihre Grenzen, daher ist der Umbau anhand des Leitbilds der
93 „Schwammstadt“ so wichtig. So können die Städte mehr Wasser aufnehmen, speichern
94 und im Sommer kühlend wirken. Flächenfraß und Versiegelung werden wir mit
95 intelligenter Stadtplanung Einhalt gebieten. Für diese Aufgaben brauchen die
96 Kommunen mehr Unterstützung von Land und Bund. Wir werden die Landesförderungen
97 beispielsweise für die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten oder die
98 Fassadenbegrünung ausweiten. Auch bei der Klimaanpassung gilt: Keine
99 Landesmittel mehr ohne vorherigen Klima-Check. Flächen, die für die
100 Klimaanpassung wichtig sind, wollen wir effektiver vor Bebauung oder anderer
101 Versiegelung schützen.

102 Erneuerbare Energien gemeinsam ausbauen: schnell, naturverträglich, fair
103 Nur mit Strom aus erneuerbaren Quellen bekommen wir die Klimakrise in den Griff.
104 Deswegen stellen wir Ausbau von Windenergie und Solaranlagen ins Zentrum. Der
105 Großteil der Treibhausgasemissionen stammt aus der Verbrennung von Kohle, Öl und
106 Gas. Da wir darauf nicht mehr angewiesen sein wollen, brauchen wir sehr schnell
107 viel mehr Strom aus Wind und Sonne. Dies gilt auch, wenn konsequent alle
108 Möglichkeiten für mehr Energieeffizienz genutzt werden. Unser Ziel ist, bis 2035
109 die Stromversorgung von Nordrhein-Westfalen zu 100 Prozent auf Erneuerbare
110 umzustellen. Deswegen werden wir umgehend eine echte Ausbauoffensive für
111 Windenergie und Photovoltaik auf den Weg bringen. Als Teil dessen werden wir
112 Mindestabstände für neue Windenergieanlagen abschaffen und jährliche Mindest-
113 Ausbaupfade für Windkraft und Solar festlegen. Denn von einer sicheren
114 Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien hängt nicht nur erfolgreicher
115 Klimaschutz ab, sondern auch die Zukunft unseres Industriestandortes. Die
116 Ausbauehemmnisse auf Landesebene werden wir beispielsweise durch Änderungen in
117 der Landesplanung, dem Klimaschutzgesetz oder der Landesbauordnung aus dem Weg
118 räumen. Daneben werden wir mit einer stärkeren Bündelung auf Landes- und
119 Regionalplanebene die Planungen für die Erneuerbaren Energien beschleunigen und
120 die überörtliche Steuerung im Sinne des Arten- und Naturschutzes verbessern. Arten-
121 und Naturschutz zu sichern, Fairness und Teilhabe für Bürger*innen auf Augenhöhe
122 und eine Beschleunigung der Planungsverfahren gehört für uns beim Ausbau der
123 Erneuerbaren zusammen.

124 Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen
125 Klimaschutz und Digitalisierung sind eng miteinander verwoben und werden unser
126 Land grundlegend verändern. Nur mit digitalen Mitteln werden wir unsere
127 Gesellschaft klimaneutral umbauen können. Mit künstlicher Intelligenz und
128 digitaler Steuerung von den Übertragungsnetzen bis in jedes Gebäude bleibt das
129 erneuerbare Energiesystem stabil – auch wenn Millionen E-Autos geladen werden und
130 Wärmepumpen unsere Häuser heizen. In der Industrie sind mit stärkerer
131 Digitalisierung noch immer enorme Effizienzgewinne möglich. Gleichzeitig muss
132 die Digitalisierung konsequent an Klimaneutralität und Nachhaltigkeit
133 ausgerichtet werden, damit sie nicht zum Brandbeschleuniger der Klimakrise wird.
134 Wir wollen verhindern, dass Effizienzgewinne durch den überbordenden
135 Datenverbrauch fragwürdiger Anwendungen aufgeessen werden. Mit einer
136 ambitionierten Green-IT-Strategie machen wir daher die öffentliche Verwaltung
137 zum Vorreiter bei der Nutzung von Green IT und klimaneutralen Rechenzentren. Wir
138 werden uns dafür einsetzen, dass der Ausbau des schnellen Internets ab sofort
139 allein mit Glasfaser und 5G erfolgt. Dadurch können wir Energieeinsparungen
140 gegenüber bisherigen Netzen nutzen.

141 Den Jobmotor Klimaschutz zum Laufen bringen
142 Der Wandel unserer Gesellschaft in Richtung Klimaneutralität bedeutet ein nie
143 dagewesenes Modernisierungsprogramm. Es sichert bestehende Arbeitsplätze und
144 schafft viele neue. Das Erreichen von Klimaneutralität spielt für unsere
145 Unternehmen und Nordrhein-Westfalen als Standort eine immer größere Rolle im
146 weltweiten Wettbewerb. Im Bereich Erneuerbarer Energien, aber auch in der
147 Bauwirtschaft, der Kreislaufwirtschaft oder der Industrie werden durch die
148 notwendigen Investitionen in Milliardenhöhe hunderttausende neue Arbeitsplätze
149 entstehen. Indem wir Landesfördermittel mit einem Klima-Check klar an einen
150 Nutzen für den Klimaschutz binden, unterstützen wir den Aufbau zukunftsfähiger
151 Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsplätze. Schon jetzt arbeiten fast 500.000
152 Menschen in unserem Land in grünen Jobs. Diese zukunftsfähigen Jobs müssen aber
153 auch nachhaltig im Sinne fairer und sicherer Arbeitsbedingungen sein. Wo das
154 Land Einfluss darauf nehmen kann, z.B. bei der Vergabe von Fördermitteln, werden
155 wir tarifvertraglich gesicherte oder mindestens vergleichbare Bedingungen
156 einfordern. In einzelnen Branchen wie der fossilen Energiewirtschaft werden
157 Arbeitsplätze wegfallen. Uns ist sehr bewusst, dass der Verlust der Arbeit einen
158 enormen Einschnitt in jede einzelne Biografie bedeutet. Wir lassen aber
159 niemanden damit allein, sondern werden diese Menschen durch Instrumente wie das
160 Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld dabei unterstützen, sich für zukunftsfähige
161 Arbeitsfelder fit zu machen.

162 Wir geben NRW neue Energie –grün, sicher und dezentral

163 Kohleausstieg auf 2030 vorziehen
164 Ein Kohleausstieg erst 2038 passt mit den Klimazielen nicht zusammen. Wir gehen
165 voran und setzen mit einer neuen Leitentscheidung den Rahmen für ein Ende des
166 Braunkohleabbaus bis 2030. Wir stellen hierbei Menschen und Klimaschutz ins
167 Zentrum, damit alle Dörfer bleiben. Mit einem Abrissmoratorium werden wir eine
168 weitere sinnlose Zerstörung von Infrastruktur und Heimat verhindern. Auch die in
169 der Kohleindustrie Beschäftigten verdienen ehrliche Ausstiegsplanungen im
170 Einklang mit den klimapolitischen Notwendigkeiten. Nur so kann eine verlässliche
171 Planung gewährleistet und können kurzfristige Einschnitte vermieden werden.
172 Die Industrie in unserem Land ist auf eine gleichbleibend hohe
173 Versorgungssicherheit angewiesen. Deswegen gehört zum Kohleausstieg untrennbar
174 der Ausbau der Erneuerbaren Energien, ganz besonders in NRW. Daneben werden wir
175 uns auch für eine Beschleunigung des Netzausbaus einsetzen, damit der Windstrom
176 aus dem Norden auch zu uns kommt.
177 Wir werden sicherstellen, dass sich RWE auch bei einem vorgezogenen
178 Kohleausstieg nicht aus der Verantwortung für eine ordnungsgemäße Rekultivierung
179 und die Ewigkeitskosten des Braunkohleabbaus stehlen kann. Die Planungen für die
180 Versorgung der Feuchtgebiete und die Befüllung der Tagebau-Rest-Seen mit Wasser
181 aus dem Rhein müssen umgehend vor dem Hintergrund des Klimawandels überprüft und
182 an einen früheren Ausstieg angepasst werden. Statt unnötige Autobahnen
183 wiederherzustellen, muss RWE das Geld in eine ökologisch hochwertige
184 Renaturierung investieren. Den Hambacher Wald werden wir in öffentlichen Besitz
185 überführen, schützen und in einen Ökosystemverbund einbetten, in dem er seine
186 Funktion als Rückzugsgebiet für seltene Arten wieder übernehmen kann.

187 Sonnenenergie von jedem Dach
188 Gerade im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen bieten die Dachflächen ein

189 enormes Potenzial für die Energiewende. Etwa die Hälfte des heutigen
190 Stromverbrauchs könnte dort erzeugt werden, wenn wir den Turbo für die
191 Solarenergie zünden. Mit Solarenergie kommt die Energiewende in die Dörfer und
192 Städte. Wir wollen, dass Solaranlagen zum Standard auf unseren Dächern werden.
193 Dafür brauchen wir faire Rahmenbedingungen auf Bundesebene und deutlich weniger
194 Bürokratie. Dazu gehören auch Erleichterungen beim Denkmalschutz. Um auch
195 Mehrfamilienhäuser endlich flächendeckend für die Solarenergie zu nutzen, werden
196 wir Mieterstromprojekte besonders unterstützen. Wir werden die öffentlichen
197 Gebäude von Land und Kommunen zu Klima-Vorbildern machen und so schnell wie
198 möglich alle geeigneten Dachflächen vollständig nutzen. Auch auf
199 Gewerbegebäuden und Neubauten werden Solaranlagen mit uns schnell zum Standard.
200 Perspektivisch muss jedes geeignete Dach eine Solaranlage zieren. Pachtmodelle
201 können hier unterstützend wirken, denn nicht jede*r möchte oder kann selbst in
202 eine Anlage investieren.

203 Solarparks säumen unser Autobahnnetz
204 Auch wenn wir auf jedem Dach Strom erzeugen: Wir brauchen auch den Strom und
205 zunehmend auch die Wärme aus Freiflächensolaranlagen, um auf Kohle, Öl und
206 Erdgas verzichten zu können. Auch hier nutzen wir die Standortvorteile von NRW
207 und werden vor allem entlang des dichten Netzes der Autobahnen und Bahntrassen
208 Flächen freigeben, genauso wie bereits versiegelte Flächen wie Parkplätze,
209 Halden und Deponien. So vermeiden wir Flächenkonkurrenzen mit Landwirtschaft und
210 Naturschutz. Das gilt noch mehr für Agri-Photovoltaikanlagen, bei denen die
211 Stromproduktion mit Landwirtschaft oder Gartenbau auf der gleichen Fläche
212 kombiniert wird. Die ersten Projekte werden wir wissenschaftlich begleiten, um
213 Vor- und Nachteile, Potenziale und Hemmnisse ermitteln zu können. Wir wollen mit
214 einem Solarenergie-Erlass unsere Vorstellungen für Kommunen und Planer*innen
215 erläutern und mit klaren Vorgaben sicherstellen, dass die Anlagen Vorteile für
216 Artenschutz und Biodiversität bringen. Wie bei der Windenergie wollen wir die
217 Menschen und die Standort-Kommunen im Umfeld der Projekte frühzeitig einbeziehen
218 und fair beteiligen.

219 Wieder Rückenwind für die Windenergie
220 Nach Jahren der Verunsicherung und des Gegenwinds geben wir der wichtigsten
221 Erneuerbaren Energie wieder Rückenwind. Denn die Windenergie ist zusammen mit
222 der Photovoltaik das Fundament für Energiewende und Klimaschutz. Wir werden die
223 Grundlagen dafür legen, dass jedes Jahr mindestens 200 neue Anlagen gebaut
224 werden können. Damit das gelingt, müssen etwa zwei Prozent der Landesfläche für
225 die Windenergie gesichert werden. Feste Mindestabstände zur Wohnbebauung passen
226 damit nicht zusammen. Wir werden sie daher wieder abschaffen. Außerhalb
227 besonders schutzwürdiger Wälder werden wir die Windenergie wieder einfacher
228 zulassen. Auch werden wir den Bau von Windenergieanlagen in Industrie- und
229 Gewerbegebieten erleichtern. Außerdem werden wir Änderungen auf Bundesebene
230 erwirken, damit ausreichend Flächen für neue Anlagen bereitstehen. Genauso
231 müssen die Abgaben und Umlagen auf Strom und Wärme geändert werden. Wenn mehr
232 als genug Wind weht und die Sonne scheint, muss es sich lohnen den Strom zu
233 speichern, statt die Anlagen runterzufahren.
234 Wir werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren durch operative Verbesserungen
235 und einheitliche Bewertungsmaßstäbe beschleunigen. Wir werden den Artenschutz
236 auch bei dem notwendigen schnelleren Ausbau weiter stärken, indem Dichtezentren
237 windenergie-sensibler Arten freigehalten werden. Im Gegenzug werden Anlagen in
238 anderen Bereichen einfacher realisiert werden können. Mit einem umfangreichen

239 Schutzprogramm helfen wir Vögeln und Fledermäusen. Repowering wollen wir
240 erleichtern, so dass alte Windenergieanlagen dort, wo es keine
241 Artenschutzbedenken gibt, zügig durch leistungsstärkere in der Nähe ersetzt
242 werden können. Denn diese Standorte sind etabliert und in der Regel breit
243 akzeptiert.

244 Power to the People: Bürger*innen an der Energiewende beteiligen
245 Die Energiewende wurde viele Jahre lang maßgeblich von Bürger*innen
246 vorangetrieben. Mit uns Grünen bekommt die Demokratisierung der
247 Energieversorgung neuen Schwung. So profitieren möglichst viele Menschen von
248 günstiger Energie. Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks unterstützen
249 wir bei der Projektentwicklung mit einem neuen Bürgerenergiefonds. Mit einem
250 Siegel für Faire Windenergie schaffen wir Transparenz und Vertrauen. Wir setzen
251 das Landesförderprogramm für Mieterstrom neu auf. In der Bundespolitik machen
252 wir uns für attraktiven Mieterstrom stark. Denn gerade in unserem Bundesland mit
253 vielen Mehrfamilienhäusern können Mieter*innen noch viel stärker am Ausbau der
254 Erneuerbaren profitieren.

255 Tempo machen bei Heizungstausch und Gebäudesanierung
256 Es ist das heiße Eisen beim Klimaschutz: In zwanzig Jahren Millionen Gebäude
257 –vom Einfamilienhaus auf dem Land bis zum Büroturm in der Innenstadt
258 –klimaneutral und energieeffizient zu heizen. An der Technik scheitert es nicht.
259 Mit Wärmepumpen, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder Fernwärme ist es
260 möglich. Doch das Tempo, in dem jetzt gerade alte Heizungen ausgetauscht und
261 Häuser gedämmt werden, reicht nicht aus. Wir verdreifachen die Sanierungsrate.
262 Damit Land und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, werden wir bis 2030 alle
263 Landesliegenschaften energetisch sanieren und setzen ambitionierte Standards für
264 öffentliche Neubauten. Nur so ist das gesetzliche Ziel einer klimaneutralen
265 Landesverwaltung 2030 noch zu schaffen.
266 Wir helfen den Kommunen bei der Erstellung kommunaler Wärmeplanungen. Dadurch
267 wird klar, wo Nah- und Fernwärmenetze ausgebaut werden können und wo auch in
268 Zukunft jedes Gebäude einzeln beheizt werden muss. Wir vereinfachen die
269 Förderprogramme des Landes, machen sie attraktiver und richten sie auf solche
270 Maßnahmen aus, die mit dem Ziel der Klimaneutralität in Einklang stehen. Dafür
271 setzen wir uns auf Bundesebene für höhere Energieeffizienzstandards ein, auch
272 für den Bestand. Beim Heizungstausch geben wir auch im Bestand eine Mindestquote
273 für Erneuerbare Energien vor.
274 Wir stocken die Angebote zur Energieberatung der Verbraucherzentrale auf und
275 machen sie kostenfrei. Darüber hinaus unterstützen wir die Kreise und
276 kreisfreien Städte dabei, Sanierungsmanager*innen einzustellen und
277 Energiekompetenzzentren aufzubauen. Dort sollen die Bürger*innen sich zu
278 Energiewende und Klimaschutz beraten lassen können, Vorträge und Schulungen
279 stattfinden und Technik unmittelbar erlebbar werden.

280 Fair geht mehr bei der Wärmewende
281 Ein warmes Zuhause geht auch ohne CO₂-Emissionen und hohe Heizkostenrechnung.
282 Die technischen Lösungen dafür sind längst da. Wir wollen, dass es bei der
283 Wärmewende fair zugeht. Die kontinuierlich steigende CO₂-Steuer sorgt für
284 ehrlichere Preise. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass die Einnahmen aus
285 dieser Steuer an die Menschen rückverteilt werden. Dadurch haben insbesondere
286 Haushalte mit geringerem Einkommen am Ende des Jahres einen finanziellen
287 Vorteil. Werden Mehrfamilienhäuser energetisch saniert, geht dies noch zu oft zu
288 Lasten der Mieter*innen, da die Aufschläge auf die Miete häufig höher sind als

289 die Einsparungen der Energiekosten. Auf Bundesebene wollen wir deshalb die
290 Kosten fair zwischen den Vermietenden, den Mietenden und dem Staat aufteilen.
291 Auf Landesebene wollen wir in den Förderprogrammen des Landes eine
292 Sozialkomponente mit höheren Förderquoten für Haushalte mit niedrigem Einkommen
293 einführen. Viele Menschen können sich eine aufwendige energetische Sanierung
294 ihres Hauses mit den aktuellen Förderungen nicht leisten. Diese müssen auch
295 mithilfe von Landesmitteln weiter verbessert werden. Zudem müssen die Prozesse
296 bei der Nutzung der Landesförderprogramme vereinfacht und weiter digitalisiert
297 werden.

298 Erdgas nur wohldosiert für den Übergang nutzen
299 Die Rolle von Erdgas als Brückentechnologie in der Energiewende wird
300 überschätzt. Denn Erdgas hat gegenüber Kohle kaum Klimavorteile, wenn Leckagen
301 bei Förderung und Transport berücksichtigt werden. Zudem binden uns neue
302 Kraftwerke und Pipelines wegen der hohen Baukosten für mehrere Jahrzehnte daran.
303 Daher werden wir dafür sorgen, dass neue Gaskraftwerke nur dort gebaut werden,
304 wo sie wirklich für den Übergang gebraucht werden und mit den Klimazielen
305 vereinbar sind. Das wird vor allem als Ersatz für Kohlekraftwerke in
306 Fernwärmenetzen sein, wo Erneuerbare und Abwärmequellen auf Basis von kommunalen
307 Wärmeplanungen noch nicht ausreichend verfügbar sind. Grundvoraussetzung ist,
308 dass sie in Zukunft auch mit Wasserstoff oder anderen klimaneutralen Gasen
309 betrieben werden können und die Einbindung erneuerbarer Wärme nicht behindern.
310 Neue Pipelines werden wir nur genehmigen, wenn sie auch erneuerbare Gase wie
311 grünen Wasserstoff transportieren können.
312 Biogas als klimaneutrale Alternative zu Erdgas werden wir nachhaltiger machen.
313 Dazu unterstützen wir die Betreiber dabei, auf Gülle und andere Reststoffe
314 umzustellen. So können wieder mehr landwirtschaftliche Flächen für die
315 Produktion von gesunden und regionalen Nahrungsmitteln genutzt werden.
316 Eine weitere Alternative zu Erdgas ist die Geothermie. Wir werden Wärmepumpen
317 weiter fördern, die Wärme schon aus wenigen Metern Tiefe für die Beheizung von
318 Gebäuden nutzen. Um aus Erdwärme Strom zu produzieren, muss man in Nordrhein-
319 Westfalen mehr als tausend Meter tief bohren. Wir werden die ersten
320 Forschungsprojekte dazu unterstützen und dabei sicherstellen, dass keine
321 Fracking-Verfahren oder andere wassergefährdende Technologien eingesetzt werden.

322 Atomausstieg vollenden – Urananreicherungsanlage Gronau schließen
323 Auch wenn in Nordrhein-Westfalen seit 20 Jahren kein Atomkraftwerk mehr am Netz
324 ist: Der Atomausstieg ist hier noch lange nicht vollendet. Unser Ziel ist es,
325 die Urananreicherungsanlage in Gronau schnellstmöglich zu schließen. Auf
326 Bundesebene setzen wir uns zudem dafür ein, dass das Exportverbot im Atomgesetz
327 auch für die Reststoffe aus der Urananreicherung in Gronau gilt. Bei der
328 deutschlandweiten Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven Abfall
329 bekennen wir uns zum verabredeten Verfahren der Standortsuche. Für die
330 Zwischenlagerung, wie z.B. in Ahaus, braucht es eine unter Beteiligung aller
331 Betroffenen erarbeitete Gesamtkonzept für ganz Deutschland mit einheitlichen
332 Sicherheitsanforderungen. Wir ergreifen die Initiative für ein Abschalten
333 grenznaher Atomkraftwerke in unseren Nachbarländern und schöpfen alle
334 Einspruchsmöglichkeiten aus. Die Standortentscheidung für das geplante
335 Logistikzentrum für Atom Müll in Würgassen erscheint nicht erst nach der
336 Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 fragwürdig. Wir werden die Notwendigkeit und
337 die Standortauswahl kritisch prüfen. Der Schutz der Bevölkerung muss oberste
338 Priorität haben.

339 Wir sorgen für saubere und bezahlbare Mobilität –
340 Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert

341 Garantiert mobil in ganz NRW –mit einem Ticket fürs ganze Land
342 Bisher werden in Nordrhein-Westfalen lediglich 8,5 Prozent der Wege mit Bus und
343 Bahn zurückgelegt –da ist noch viel Luft nach oben. Wir machen umweltfreundliche
344 Mobilität für alle attraktiv und bezahlbar. Wir streben eine Mobilitätsgarantie
345 an, mit der alle Menschen im Land von 5:30 Uhr bis 22.30 Uhr mindestens im
346 Stundentakt mit einer verlässlichen Verbindung vorankommen –in Großstädten
347 mindestens halbstündlich von 4.30 bis 23.30. Die Angebote werden vertaktet, auf
348 andere Busse und die Bahn abgestimmt, so dass der Umstieg überall attraktiv
349 wird. Flexible Bedienkonzepte via App und traditionelle Ruf-oder überörtliche
350 Bürgerbusse sind gute begleitende Angebote dort, wo ein gut getakteter
351 Busverkehr im Regelbetrieb kaum genutzt wird. Wir beenden das Tarifchaos und
352 führen in den nächsten zehn Jahren schrittweise ein solidarisch finanziertes
353 Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang macht das kostenlose Ticket für
354 Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre. Wir senken den Preis für das
355 landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus. Städte und Kreise, die
356 schneller vorangehen wollen, unterstützen wir aktiv in ihren Modellprojekten.
357 Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen wir sicherstellen, dass
358 es für Studierende gut bezahlbar wird. Das Jobticket machen wir schrittweise zur
359 Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen.

360 Wir bauen das Verkehrsnetz für das 21. Jahrhundert
361 Unsere Verkehrswege stammen im Wesentlichen aus vergangenen Jahrhunderten. Sie
362 dienen zu großen Teilen dem motorisierten Verkehr und überlassen andere
363 Verkehrsteilnehmer*innen oftmals sich selbst. Grüne Verkehrspolitik stellt
364 demgegenüber Klimaschutz und Lebensqualität endlich in den Mittelpunkt. Wir
365 werden Bahnstrecken reaktivieren oder ausbauen und Lücken oder Nadelöhere
366 beseitigen. Stilllegungen und Entwidmungen von Bahnstrecken soll es nicht mehr
367 geben. Damit das klappt, verdoppeln wir die pro-Kopf-Investitionen in Bus, Bahn,
368 Schiene und Stationen. Städte und Kreise verpflichten und unterstützen wir,
369 selbst verkehrsträgerübergreifend in moderne Verkehrswege zu investieren. Die
370 drei Zweckverbände NWL, NVR und VRR stehen für einen Großteil der anstehenden
371 Aufgaben bereit und sind gut darauf vorbereitet. Wir wollen sie bei ihrer
372 Entwicklung vom Verkehrsverbund zum Mobilitätsverbund unterstützen und prüfen,
373 ob wichtige neue Infrastruktur zukünftig von einer Landesverkehrsgesellschaft
374 geplant und unterhalten wird. Für uns Grüne hat dabei der effektive Schutz vor
375 Lärm und Schadstoffen Priorität. Darum wollen wir die Elektrifizierung heutiger
376 Dieselstrecken bis 2030 abschließen. Straßenbauprojekte werden wir auf den
377 Prüfstand stellen und Gelder, z.B. für unzeitgemäße Autobahnen oder
378 Umgehungsstraßen, zugunsten der Sanierung maroder Straßen und des Ausbaus von
379 Schienen- und Radwegen umschichten.

380 Mit dem Bus direkt und abgasfrei ans Ziel
381 Um die Verkehrswende in Stadt und Land schnell voranzubringen, werden wir in ein
382 leistungsstarkes und emissionsfreies Busangebot im ganzen Land investieren. Bis
383 2025 werden wir 50 regionale Schnellbuslinien schaffen und so für
384 alltagstaugliche, verlässliche Land-Stadt-Verbindungen und –wo entsprechende
385 Angebote fehlen –auch zwischen den verschiedenen Ballungsräumen sorgen. Um auch
386 zu Stoßzeiten schnelle Verbindungen zu gewährleisten, werden wir dem Vorbild
387 anderer Länder folgen und Autobahnstandstreifen für Linienbusse öffnen. Die

388 Beschaffung von emissionsfreien Bussen werden wir durch attraktive
389 Förderbedingungen für die Kommunen und Verkehrsbetriebe vorantreiben, bei der
390 Neuaufstellung oder Fortschreibung örtlicher Nahverkehrspläne wird die
391 Festschreibung klimafreundlicher Antriebe in Zukunft zur Pflicht.

392 Sicher, schnell und barrierearm mit dem Fahrrad durch NRW
393 Seit einigen Jahren erfreut sich das Radfahren stark steigender Beliebtheit.
394 Bereits rund acht Prozent der Wege werden mit dem Rad zurückgelegt. Bewegungen
395 wie die Volksinitiative Aufbruch FahrradNRW fordern, das Fahrrad endlich als
396 vollwertiges Verkehrsmittel anzuerkennen und den Radverkehr entsprechend zu
397 fördern. Für uns Grüne ist der Radverkehr ein zentraler Baustein zur Erreichung
398 unserer Klimaschutzziele. Mit einem neuen, besseren Radverkehrsgesetz werden wir
399 Grüne die Grundlagen dafür schaffen, dass der Anteil des Radverkehrs zukünftig
400 auf 25 Prozent wächst. Unsere Investitionsoffensive werden wir dazu nutzen, ein
401 landesweites Radwegenetz aus Radschnellwegen und Radvorrangrouten zu entwickeln
402 und unsere Kommunen finanziell bei der Umsetzung eigener Radverkehrskonzepte zu
403 unterstützen. Wir bauen Jobrad-Modelle im öffentlichen Dienst konsequent aus und
404 sorgen dafür, dass Fahrräder auch in Bussen und Bahnen bequem und gratis
405 mitgenommen werden können. Straßenbau- und -sanierungsmaßnahmen ohne Zusatznutzen
406 für einen sicheren und besseren Radverkehr wird es mit den Grünen in Nordrhein-
407 Westfalen nicht mehr geben.

408 Autos der Zukunft: Individuell. Elektrisch. Mobil.
409 Stau, Lärm, Abgase, andauernde Parkplatzsuche und steigende Kosten – Autofahren
410 ist gerade in unseren Großstädten für immer mehr Menschen nicht mehr die erste
411 Wahl. Andererseits sind gerade Familien im ländlichen Raum, aber auch
412 Unternehmen und andere Einrichtungen nach wie vor auf den eigenen Wagen
413 angewiesen. Wir setzen deshalb auf die Chancen des Elektroantriebs -in
414 Verbindung mit unseren ehrgeizigen Ausbauzielen für die erneuerbaren Energien.
415 In den kommenden fünf Jahren schaffen wir flächendeckende Lademöglichkeiten im
416 privaten und öffentlichen Raum. Dazu werden wir die Parkraumverordnung anpassen
417 und öffentliche wie private Ladepunkte, wo möglich in Verbindung mit Solar- und
418 Speichertechnik weiter fördern. Unternehmen, die ihren Mitarbeitenden,
419 Kund*innen oder der Nachbarschaft auf ihren Parkplätzen Lademöglichkeiten zur
420 Verfügung stellen, werden wir dafür bei Steuern und Abgaben entlasten. Für uns
421 Grüne ist es selbstverständlich, dass die öffentliche Verwaltung beim Umstieg
422 auf den E-Antrieb vorangeht. Bis 2030 wollen wir öffentliche Fahrzeugflotten
423 daher auf regenerative Antriebe umstellen.

424 Mehr Mobilität für alle durch intelligent vernetzte Angebote
425 Warum sollen wir uns auf nur ein Fortbewegungsmittel festlegen, wenn wir alle
426 nutzen können? In Zukunft steht uns alles zur Verfügung, was uns bewegt. Wir
427 sorgen für echte Wahlfreiheit durch die intelligente Vernetzung aller
428 Verkehrsmittel. Dazu bauen wir die sogenannten Sharing-Angebote für Autos, Fahr-
429 und Lastenräder, Scooter und andere Leihfahrzeuge aus. Bahnhöfe und Busplätze
430 bauen wir zu Mobilitätsstationen um, die den Wechsel vom Auto oder dem Fahrrad
431 in den Zug oder Bus erleichtern. Busse, Bahnen und Haltestellen werden endlich
432 flächendeckend barrierefrei. Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung,
433 um Angebote wie den Bus auf Bestellung oder Mitfahrdienste zu stärken. Um eine
434 echte Vernetzung aller Angebote zu erreichen, werden wir private Anbieter
435 verpflichten, Schnittstellen zu Mobilitätsplattformen der öffentlichen Hand
436 bereitzustellen. Private Haushalte werden wir beim Umstieg unterstützen, indem

437 wir –analog zur Kaufprämie für E-Autos –eine finanzielle Förderung für den
438 Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr oder das Fahrrad einführen.

439 Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

440 Mit zunehmender Geschwindigkeit erhöht sich nicht nur der Energieverbrauch
441 unserer Autos, auch die Unfallgefahr steigt. Wir Grüne werden darum –mit oder
442 ohne den Bund –für mehr Sicherheit auf nordrhein-westfälischen Straßen sorgen.
443 Neben einem Sicherheitstempo von 130 km/h auf unseren Autobahnen werden wir auch
444 das grüne Modell eines Regeltempos von 30 km/h innerhalb geschlossener
445 Ortschaften umsetzen. Städte und Kreise können dann selbstständig entscheiden,
446 wo im begründeten Ausnahmefall weiter Tempo 50 gelten soll. Das sorgt nicht nur
447 für mehr Sicherheit im Autoverkehr. Von grüner Verkehrspolitik profitieren
448 endlich auch Kinder, Menschen mit Behinderung, Fußgänger*innen und Radfahrende.
449 Ihre Sicherheit muss zukünftig oberste Priorität in der Verkehrspolitik unserer
450 Städte und Gemeinden haben. Dazu verpflichten wir unsere Kommunen zur
451 Aufstellung von Fuß-und Radverkehrskonzepten und fördern deren Umsetzung.

452 Flugverkehr klimaneutral ausrichten, Anwohner*innen schützen

453 Unsere globalisierte Welt ist ohne das Flugzeug nicht denkbar. Zugleich ist es
454 heute wegen seines hohen Energieverbrauchs das klimaschädlichste Verkehrsmittel.
455 Hinzu kommen der immense Flächenbedarf und die starken Belastungen für
456 Anwohner*innen durch Fluglärm, Abgase und den An-und Abreiseverkehr. Wir Grüne
457 nehmen diese großen Herausforderungen an und machen den Flugverkehr mit einem
458 nachhaltigen Flugverkehrskonzept zukunftsfest. Um Kerosin durch klimaneutrale
459 Treibstoffe zu ersetzen, wollen wir die Flughäfen Düsseldorf und Köln-Bonn zu
460 Vorreitern bei der Beimischung von klimaneutralen Treibstoffen machen. Um die
461 Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir Nachtflüge reduzieren und die
462 Ausweitung sowie die Einhaltung von Nachtflugverboten fortlaufend überprüfen. An
463 keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und
464 klimapolitisch vertretbar. Die Zukunftsperspektiven der vier Regionalflughäfen
465 werden wir genau analysieren. Sie müssen sich aus eigener Kraft tragen. Inlands-
466 und Kurzstreckenflüge machen wir durch attraktive Alternativen mit Bus und Bahn
467 so schnell wie möglichüberflüssig.

468 Für einen klima-und umweltfreundlichen Güterverkehr

469 Rund 3,7 Milliarden Tonnen Güter wurden 2020 durch Deutschland bewegt. Davon
470 wurden 3,2 Milliarden Tonnen auf der Straße transportiert, lediglich 500
471 Millionen Tonnen per Zug oder Binnenschiff. Wir Grüne wollen, dass sich endlich
472 mehr auf Wasser und Schiene bewegt. Wir bekennen uns zum Ziel der Europäischen
473 Union, 75 Prozent des Güterverkehrs, der aktuell auf der Straße stattfindet, auf
474 die Bahn oder das Schiff zu verlagern. Verbleibenden LKW-Verkehr machen wir bis
475 2035 emissionsfrei. Unser Bahnausbau-Programm nutzen wir, um wieder mehr
476 Industrie und Gewerbe ans Bahnnetz anzuschließen und den Ausbau der
477 Schienenstrecken zu den unterschiedlichen Seehäfen endlich unter hohen
478 Lärmschutzstandards umzusetzen. Eine Mautbefreiung für kombinierte Verkehre rund
479 50 km um Häfen und Güterbahnhöfe kostet nicht viel, ermöglicht aber, dass sich
480 Multimodalität im Güterverkehr rechnet. In enger Abstimmung mit Umweltverbänden,
481 Kommunen und der Wirtschaft werden wir einen neuen Landeswasserstraßenplan zur
482 Ertüchtigung unserer Schifffahrtswege und Binnenhäfen erarbeiten. Dabei ist es
483 unser Ziel, auch in der Schifffahrt fossiles Schweröl durch alternative
484 Kraftstoffe und Antriebe zu ersetzen.

485 Oberleitungen, Wasserstoff, grüne Biotreibstoffe und Batterien: Für jeden Laster
486 der passende
487 Antrieb
488 Im Güterverkehr, aber auch auf Baustellen, bei der Müllabfuhr oder der Feuerwehr
489 wird großes bewegt. Wir machen auch den Schwerlastverkehr nachhaltig, indem wir
490 alle Technologien und Antriebe fördern, die dazu geeignet sind. Gas-LKW werden
491 längst in Serie hergestellt, auch Batterie-LKW's gibt es schon auf nordrhein-
492 westfälischen Straßen und als Modellprojekte fahren die erste Busse und LKW
493 bereits mit Wasserstoff. In Schleswig-Holstein wurden erfolgreich Oberleitungs-
494 LKW getestet, auch Baden-Württemberg macht sich auf den Weg. In Zukunft brauchen
495 wir all diese Antriebe, um auch in NRW für jedes Nutzfahrzeug die beste Lösung
496 zu finden. Neben dem Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft werden wir
497 gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund auch den Ausbau von
498 Oberleitungen auf unseren Autobahnen vorantreiben. Unser Ziel ist es, dass
499 Lastwagen unser Land bis 2035 elektrisch durchqueren können.

500 Wir schützen Natur und Umwelt

501 Artensterben stoppen –Volksinitiative Artenvielfalt umsetzen
502 Der Verlust an Tier-und Pflanzenarten spitzt sich jedes weitere Jahr zu. Die
503 Hälfte aller Arten ist mittlerweile vom Aussterben bedroht. Wer durch die Natur
504 streift, spürt es: Mit den Pflanzen und Tieren gehen über Jahrtausende
505 gewachsene wertvolle Lebensräume unwiederbringlich verloren. Natur, die auch uns
506 erhält und das Klima schützt. 115.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen haben mit
507 ihrer Unterschrift für die „Volksinitiative Artenvielfalt“ ein deutliches
508 Zeichen für den Artenschutz gesetzt. Das ist gerade auch ein großer Erfolg für
509 alle Aktiven, die sich oft ehrenamtlich seit Jahren im Natur-und Umweltschutz
510 einsetzen. Wir setzen ihre Forderungen um, stoppen den Flächenfraß und
511 unterstützen eine artenfreundliche Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur
512 wirtschaftet. Dazu aktualisieren wir die „Biodiversitätsstrategie NRW“ mit den
513 neuesten Daten und mit ambitionierten Zielen. Mit einem „Landesprogramm
514 Biologische Vielfalt“ bringen wir die Landespolitik beim Schutz der biologischen
515 Vielfalt endlich vom Reden ins Handeln. Für eine verlässliche und zielgerichtete
516 Umsetzung sind die 44 Biologischen Stationen im Land bestens geeignet. Wir
517 wollen sie besser ausstatten und vernetzen, sowohl untereinander als auch mit
518 dem Zentrum für Biodiversitätsmonitoring in Bonn.
519 Wir verhindern die Versiegelung von immer größeren Flächen zu Lasten der Natur
520 und der Landwirtschaft. Zu diesem Zweck verankern wir im Landesentwicklungsplan
521 wieder das verbindliche Ziel, den Flächenverbrauch von aktuell über acht Hektar
522 pro Tag in einem ersten Schritt auf fünf Hektar pro Tag zu begrenzen und bis
523 2035 auf netto null abzusenken. Dafür erarbeiten wir eine wirksame Strategie mit
524 operativen Zielen und einer Flächenversiegelungsabgabe sowie weiteren konkreten
525 Maßnahmen. Mit Hilfe eines Brachflächenfonds und einer verbesserten
526 Finanzausstattung des Flächenrecyclings starten wir eine Entsiegelungsoffensive
527 und machen so vorhandene Flächen wieder nutzbar, statt neue Grünflächen zu
528 versiegeln. Wir führen ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in dem die
529 ökologische Qualität der Kompensationsfläche einen höheren Stellenwert erhält.

530 Lebensräume verbinden heißt Arten schützen –die Senne wird zweiter Nationalpark
531 Biologische Vielfalt braucht ihren Raum. Wo Lebensräume durch Straßen oder
532 Siedlungen zertrennt werden, ist die Belastung für die Tierwelt groß. Aus diesem

533 Grund schaffen wir einen übergreifenden Biotopverbund für Nordrhein-Westfalen.
534 Hier bilden Wiesen, Weiden, Gewässerrandstreifen und andere Strukturen ein Netz,
535 in dem die Ausbreitung und Wanderung von Arten und deren genetischer Austausch
536 gewährleistet wird. Wo immer es möglich ist, müssen Schutzgebiete verbunden und
537 solche größeren Biotop-Systeme hergestellt werden. Wir schützen wertvolle
538 Lebensräume durch eine Pestizidminderungsstrategie für alle Flächen, ein Verbot
539 von Pestiziden und Mineraldünger in Schutzgebieten sowie durch eine bessere
540 Förderung für eine vielfältige Landschaftsstruktur. Mit Förderprogrammen und
541 klaren Vorgaben schaffen wir Anreize für den Erhalt unterschiedlicher
542 Lebensraumtypen und setzen dafür auf ein integriertes
543 Lebensraumentwicklungsprogramm. Das Vorkaufsrecht für Schutzgebietsflächen für
544 Verbände muss endlich umgesetzt werden.

545 Durch einen Nationalpark in der Senne und weitere neue Schutzgebiete schaffen
546 wir zusätzlichen Rückzugsraum für gefährdete Arten. Gerade im Verbund von Senne
547 und Teutoburger Wald kann ein weiteres großräumig vernetztes Schutzgebiet mit
548 Wald- und Offenlandflächen im Norden des Landes entstehen. Dafür muss der „Teuto“
549 vor Rodungen und vor weiterem Abbaggern durch die Zementindustrie geschützt
550 werden.

551 Intakte Moore und Feuchtgebiete liefern einen bedeutenden Beitrag zur CO₂-
552 Minderung. Auch Grünland mit seinem weiträumigen Wurzelgeflecht ist ein
553 wichtiger CO₂-Speicher. Wir wollen daher diese Ökosysteme besser schützen, durch
554 gezielte Projekte aufwerten und den Wasserhaushalt dieser Lebensräume deutlich
555 verbessern.

556 Mehr Artenschutz in unserer Nachbarschaft
557 Artenschutz gehört auch in die Stadt. Zum Schutz der Artenvielfalt im
558 städtischen Raum setzen wir auf Nachverdichtung und Flächenrecycling, statt
559 intakte Grünflächen zu bebauen. Wir setzen auf begrünte Fassaden und Dächer, auf
560 starke kommunale Baumschutzsatzungen bis hin zu einem wirksamen Ausschluss von
561 sogenannten Schottergärten in der Landesbauordnung. Pestizide haben in
562 Hausgärten, öffentlichen und nicht-landwirtschaftlichen Flächen nichts verloren.
563 Entlang unserer Straßen muss es wieder summen. Straßengrün umrahmt mehrere
564 tausend Kilometer Straße in Nordrhein-Westfalen. Wir machen eine
565 insektenfreundliche und ökologische Pflege des Straßengrüns überall im Land zur
566 Regel und schaffen damit parallel zum Straßen-ein Vielfaltsnetz.

567 In unseren Städten wird es nachts nicht mehr richtig dunkel. Diese
568 Lichtverschmutzung ist nicht nur ein Problem für unseren Schlaf, sondern auch
569 für die biologische Vielfalt. Mit dem Verlust der Dunkelheit verlieren die
570 nachtaktiven Tiere ihren Lebensraum. Wir verankern die Vermeidung von
571 Lichtemissionen – dort wo es für die Sicherheit nicht notwendig ist – im
572 Landesrecht, etwa durch belastungsärmere Leuchtmittel und klare Regeln für
573 Neubaugebiete.

574 Wo Tier und Mensch eng zusammenleben, gibt es immer auch Konflikte, wie bei der
575 Rückkehr des Wolfs. Hier ist das Land in der Verantwortung einen Ausgleich zu
576 schaffen und zu vermitteln. Die bislang getroffenen Regelungen zum
577 Wolfsmanagement sind unzureichend. Ziel allen Handelns muss ein möglichst
578 konfliktfreies bzw. -armes Miteinander von Wolf und Mensch sein.
579 Weidetierhaltung muss auch in Zukunft möglich sein und als wichtiger Beitrag zum
580 Tier- und Artenschutz besser gefördert werden. Sie darf weder an fehlenden
581 finanziellen oder personellen Ressourcen noch an Ängsten scheitern.

582 Klimaschutz und Artenschutz gehen nur zusammen
583 Natur-und Artenschutz braucht Klimaschutz und umgekehrt. Die Klimakrise heizt
584 das Artensterben und den Verlust von Lebensräumen an. Intakte Ökosysteme
585 wiederum dienen als natürliche CO₂-Senken und sind widerstandsfähiger gegen
586 Klimaänderungen. Konflikte zwischen dem Ausbau klimanotwendiger Infrastruktur
587 auf der einen und Natur-und Artenschutz auf der anderen Seite werden wir
588 auflösen. Durch vorrausschauende, klare und verbindliche Vorgaben auf Bundes-und
589 Landesebene schaffen wir eine Planungskultur, die Umweltregulierung nicht als
590 Fesseln wahrnimmt und Bürger*innen und Umweltverbände nicht als „Planungs-
591 Bremser“ abwertet, sondern ihre Ideen wertschätzt.
592 Wir bringen Schwung in die Infrastrukturplanung: mit einer Personal-und
593 Nachwuchsoffensive sowie Verbesserungen und Beschleunigungen operativer Abläufe
594 in Planungs-und Genehmigungsbehörden und Gerichten. Bürger*innenbeteiligung ist
595 dann erfolgreich, wenn sie verbindlich, frühzeitig und auf Augenhöhe
596 stattfindet. Umwelt-und Klimaverträglichkeitsprüfungen werten wir auf und
597 stellen sie an den Beginn des Verfahrens. Die Erfahrungen und die Expertise von
598 Naturschutz-und Umweltverbänden wollen wir stärker würdigen und eine Nutzung
599 vertraglich regeln.
600 Beim Ausbau der Windenergieleiten wir einen Systemwechsel ein. Mit einer Bund-
601 Länder-übergreifenden Bedarfsplanung legen wir bis zu zwei Prozent der
602 Landesfläche als Vorrangfläche fest. Dabei sind Schwerpunktorkommen besonders
603 konfliktträchtiger, windenergiesensibler Tierarten von vornherein aus den
604 Vorranggebieten auszuschließen. Mit Schutzprogrammen fördern wir die Population
605 der Tierarten in den Schwerpunktorkommen und überkompensieren damit mögliche
606 negative Auswirkungen auf einen Teil der Population in den Vorrangflächen. Wo es
607 sinnvoll ist, nutzen wir Repowering zur Übersiedlung der neuen Anlagen in
608 Vorranggebiete. Auch technische Lösungen wie Überwachung der Rotoren in Echtzeit
609 mit Abschaltautomatik für die Erkennung von Greifvögeln oder Fledermäusen können
610 die Tiere besser schützen.

611 Umweltverwaltung stärken und Umweltkriminalität konsequent verfolgen
612 Starke Gesetze zum Schutz von Umwelt und Natur können nur wirken, wenn sie auch
613 konsequent angewandt werden. Die mehr als 30 EU-Vertragsverletzungsverfahren
614 gegen die Bundesrepublik und das Land NRW wegen nicht umgesetzter
615 Umweltgesetzgebung stehen sinnbildlich für die Probleme bei der Umsetzung. Als
616 unabhängiger Anwalt der Umwelt leistet die Umweltverwaltung einen wichtigen
617 Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, den Erhalt öffentlicher
618 Infrastruktur und der Sicherung des Wirtschafts-und Industriestandortes. Mit
619 einem Zukunftsplan stärken wir die Umweltverwaltung. Dazu gehört insbesondere
620 eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung, damit der Umweltschutz
621 nicht an unterbesetzten Behörden scheitert. Mit gezielten Kampagnen unterstützen
622 wir die Gewinnung von Fachkräften. „Grüne Telefone“ als unabhängige
623 Umweltbeschwerdestellen werden auf allen Ebenen die Regel, damit Missstände
624 nicht im Verborgenen bleiben. Die Kommunikation zwischen den Behörden,
625 ehrenamtlichem Naturschutz und Naturschutzbeauftragten, Privatpersonen und
626 Unternehmen stärken wir. Durch die Digitalisierung entlang landesweiter
627 Standards zur Verbesserung, Entbürokratisierung und Beschleunigung operativer
628 Maßnahmen kann und muss die Arbeit effizienter, transparenter, bürger*innennäher
629 und wirtschaftlicher werden.

630 Umweltverbrechen sind kein Kavaliersdelikt. Die von Schwarz-Gelb abgeschaffte
631 Stabsstelle Umwelt-und Verbraucherschutzkriminalität setzen wir wieder ein und
632 entwickeln sie zu einer zentralen Koordinierungsstelle weiter. Zu ihren Aufgaben

633 gehören Sensibilisierung, Vermittlung von Wissen und die Vernetzung von Akteuren
634 wie (Umwelt-)Behörden, Polizei und Staatsanwaltschaften. Wir bündeln die Arbeit
635 der Strafverfolgungsbehörden in einer neuen „Schwerpunktstaatsanwaltschaft
636 Umweltkriminalität“ mit landesweiter Ermittlungsbefugnis.

637 Wir wahren das Naturerbe in NRW für die nächsten Generationen –Mit einer
638 Stiftung Naturerbe NRW
639 Das Naturerbe in Nordrhein-Westfalen steht unter Druck durch Privatisierung und
640 Zersiedelung. Für uns gilt: Das Naturerbe gehört uns allen und darf nicht hinter
641 hohen privaten Zäunen der Gemeinschaft entzogen werden. In einer rechtlich
642 selbstständigen „Stiftung für das Naturerbe in NRW“ bündeln wir die Naturflächen
643 im Besitz des Landes in einer zentralen Stelle und schützen sie damit vor
644 Privatisierung. Durch aktiven Zukauf von Flächen und Flächenaustausch bei
645 Projekten mit landesweiter Bedeutung schaffen wir einen landesweiten, dauerhaft
646 geschützten Biotopverbund, der für Generationen allen Menschen im Land
647 offenstehen und Natur erlebbar machen wird.

648 Natur und Umwelt lernen –Wir bilden Naturschützer*innen von Morgen
649 Das Wissen über den Schutz von Umwelt, Natur und Klima ist nicht
650 selbstverständlich. Wenn mehr Menschen jeden Alters und aus jedem sozialen
651 Milieu informiert sind, mehr Menschen in ihrer ganz eigenen Art und Weise
652 Naturschützer*innen werden, dann können wir die Klima-und Artenkrise gemeinsam
653 besser meistern. Dabei leitet uns das Konzept der Bildung für nachhaltige
654 Entwicklung (BNE), das wir in allen Bildungsbereichen fest verankern werden. Das
655 Wissen über die internationalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (sustainable
656 development goals) und die sozial-ökologische Transformation zur Erreichung
657 dieser Ziele werden so in die Breite der Gesellschaft getragen –von der Kita,
658 über die Lehrerinnenbildung bis zur Senioren-Uni. Dafür setzen wir einen Rahmen,
659 der von den Bildungsträgern mit ihren didaktischen Konzepten mit Leben gefüllt
660 werden kann. In den regionalen Bildungsnetzwerken wird Bildung für nachhaltige
661 Entwicklung zu einer tragenden Säule. Wir fördern außerschulische
662 Kooperationspartnerschaften und bauen die BNE-Regionalzentren zu einem
663 landesweiten BNE-Landesnetzwerk aus, das mehr Projekte, Netzwerkpartner und
664 kommunale Aktivitäten beinhaltet.

665 Unseren Wald für die nächsten Generationen bewahren
666 Wälder verdienen unseren besonderen Schutz. Sie sind eine wesentliche CO2-Senke
667 und als solche unsere stärksten Verbündeten im Kampf gegen die
668 Klimakrise. Gleichzeitig sind sie selbst im Klima-Dauerstress. Aus diesem Grund
669 machen wir den Waldumbau hin zu naturnahen, arten-und strukturreichen Wäldern
670 zum Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft. Hier werden klima-tolerante
671 und heimische Baumarten zum neuen Normal. Das gilt für Wald in öffentlicher Hand
672 genauso wie für den privaten Waldbesitz. Damit es gelingt, bauen wir die
673 Angebote des Vertragsnaturschutzes im Bereich des Privatwaldes aus. Außerdem
674 entwickeln wir das Forstliche Bildungszentrum in Arnsberg zu einem
675 Waldbildungszentrum weiter, um hier verstärkt ökologische und klimatologische
676 Zusammenhänge zu vermitteln. Daneben stärken wir den Waldnaturschutz und werden
677 weitere Wildnis-Gebiete ausweisen.
678 Der Waldumbau gelingt nur mit den Waldeigentümer*innen zusammen. Wir werden
679 geeignete Förder-und Beratungsinstrumente schaffen, die den Waldumbau zu einer
680 naturgemäßen Waldwirtschaft vorantreiben. Forstbetriebsgemeinschaften und
681 forstliche Zusammenschlüsse wie Waldgenossenschaften sind sehr gut geeignet, um
682 die Potenziale kleiner privater Waldflächen zu bündeln und die

683 Waldbesitzer*innen fachlich und wirtschaftlich zu unterstützen. Die Gründung von
684 Bürger*innenwaldgenossenschaften werden wir unterstützen, um Bürger*innen aktiv
685 in den Schutz des Waldes mit einzubeziehen. Der wachsenden Waldbrandgefahr
686 begegnen wir, indem wir die Kommunen in der Brandprävention und der effektiven
687 Brandbekämpfung unterstützen.

688 Der Wald ist Artenbewahrer und Häuslebauer
689 Naturverjüngung –also der sich selbst erneuernde Wald –ist zentral für eine
690 naturnahe Wiederbewaldung von Kahlfächen. Ein naturverjüngter Wald ist ein
691 wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten. Doch in vielen Teilen Nordrhein-
692 Westfalens verhindern deutlich überhöhte Wildbestände genau diesen wichtigen
693 Prozess. Um den Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwäldern gestalten zu können,
694 ist eine konsequente Reduzierung der Wildbestände auf ein verträgliches Maß
695 erforderlich. Öffentliche Gelder zur Herstellung einer naturnahen Waldnutzung
696 sollten daher zukünftig nur dann erteilt werden, wenn gleichzeitig das
697 notwendige ökologische Wildmanagement erfolgt.
698 Holz ist ein wertvoller, klimaneutraler Baustoff, der nachwächst und CO₂ über
699 viele Jahrzehnte lang binden kann. Deshalb wollen wir in Zukunft stärker auf den
700 Baustoff Holz aus unseren heimischen Wäldern setzen. Öffentliche Gebäude sollen
701 hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie statt mit Kies und Zement
702 verstärkt aus Laub-und Nadelholz gebaut werden. Wir wollen auch für die
703 kommunale Ebene entsprechende Anreize setzen und entsprechend die Verwendung von
704 Holz im Baugewerbe stärker unterstützen.

705 Sauberes Trinkwasser –immer und überall
706 Nitrat, Pestizide, Medikamentenreste und Mikroplastik haben in unseren Gewässern
707 nichts zu suchen. Eine der größten Belastungen für unser Trinkwasser geht nach
708 wie vor von Nitratreinträgen aus der Landwirtschaft aus. Aber auch der Einsatz
709 von Pestiziden setzt unseren Gewässern zu. Diese Stoffeinträge stellen die
710 Wasserversorger bei der Aufbereitung unseres Trinkwassers schon heute vor
711 erhebliche finanzielle Herausforderungen. Wir unterstützen daher Landwirt*innen
712 und die Wasserwirtschaft beim Schutz von Wasser und Umwelt und setzen die
713 bestehenden Regeln zum Gewässerschutz konsequent um. Um unser Wasser sauber zu
714 halten, fördern wir nachhaltige Formen der Landnutzung und Tierhaltung.
715 Erdgasförderung oder tiefe Geothermie mittels „Frackings“ gefährden unser
716 Trinkwasser. Daher lehnen wir diese Technologien auch aus Gründen des
717 Trinkwasserschutzes ab.

718 Wir wenden konsequent das Vermeidungs-und Vorsorgeprinzip und die
719 Herstellerverantwortung bei Verschmutzungen unseres Wassers an. Zur fairen
720 Verteilung der steigenden Kosten für die Abwasser-und Trinkwasseraufbereitung,
721 setzen wir einen Verursacherfonds auf und reformieren die Abwasserabgabe. So
722 stärken wir die Produktverantwortung von Herstellern. Die Wiederverwendung von
723 Abwässern und Speicherung von Regenwasser werden wir regeln und Anreize zum
724 Wassersparen schaffen. Um unsere Gewässer und Böden als Lebensraum und Quelle
725 für unser Trinkwasser zu schützen, muss eine Verbesserung der Klärtechnologie
726 und die dafür notwendige Finanzierung sichergestellt werden.
727 Wasser ist unser Lebensmittel Nr. 1 und sollte daher allen Menschen kostenfrei
728 zur Verfügung gestellt werden. Daher ergreifen wir die Initiative für eine
729 flächendeckende Trinkwasserversorgung an öffentlichen Plätzen, indem wir die
730 Kommunen in rechtlichen und organisatorischen Fragen unterstützen. Wir setzen
731 die europäische Trinkwasserrichtlinievollständig um.

732 Wir schützen den Lebensraum Wasser

733 Die zurückliegenden Hitzesommer und Flutkatastrophen machen die Auswirkungen der
734 Klimakrise zunehmend spürbar. Wir entwickeln eine „Zukunftsstrategie Wasser“, um
735 angemessen auf die Auswirkungen der Klimakrise reagieren zu können. Auch
736 Maßnahmen zur Verteilung der Wasserressourcen schreiben wir darin fest. Die
737 europäische Wasserrahmenrichtlinie verlangt eine Wiederherstellung des naturnahen
738 Zustandes unserer Gewässer.

739 Diese Vorgaben werden zum Schaden von Umwelt und dem Menschen schon viel zu
740 lange ignoriert. Das werden wir ändern. Denn lebendige, durchgängige und
741 naturnah fließende Gewässer bilden mit ihren Auen wichtige Lebensräume
742 für verschiedene Arten und leisten daher einen unersetzlichen Beitrag zum Erhalt
743 der Biodiversität. Im Sinne eines ökologischen Hochwasserschutzes verankern wir
744 das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung mit Mooren, Auwäldern und
745 Feuchtwiesen stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung.

746 Wo „Wasserschutzgebiet“ drauf steht, muss auch Wasserschutz drin sein. Deshalb
747 überarbeiten wir das Landeswassergesetz und stärken den Wasserschutz nach vier
748 Jahren des Rückschritts wieder. Derzeit blockieren viele tausend Querbauwerke,
749 Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Um die Wasserkraftnutzung mit
750 den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie in Einklang zu bringen, müssen
751 insbesondere kleine Wasserkraftanlagen unter ökologischen Aspekten
752 weiterentwickelt werden. Fisch- und fließgewässerfreundliche Wasserkraftwerke
753 sollten bevorzugt werden und können zur Verbesserung des Fließgewässers
754 beitragen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stromerzeugung leisten. Verrohrte
755 Bäche im Stadtgebiet sollten – wo möglich – offengelegt und renaturiert werden.

756 Saubere Luft – überall in NRW

757 Saubere Luft ist überlebenswichtig. Jedes Jahr sterben in Deutschland 70.000
758 Menschen vorzeitig aufgrund schlechter Luft. Gerade Menschen mit geringen
759 Einkommen können es sich nicht aussuchen, ob sie an belasteten
760 Hauptverkehrsstraßen oder in der Nähe einer stickstoff-lastigen industriellen
761 Massentierhaltung leben. Insofern ist saubere Luft auch eine Frage der
762 Gerechtigkeit. Mit der Wende hin zu schadstoffarmem, emissionsfreiem Verkehr und
763 Kraftwerk, mehr Stadtgrün und weniger versiegelten Flächen machen wir die Luft
764 sauberer. In der Landwirtschaft senken wir die Stickstoff- und Pestizidbelastung
765 durch die Stärkung einer bäuerlichen Landwirtschaft, die ihre Tierbestände
766 wieder an die vorhandene Fläche anpasst und in tiergerechten Ställen hält.
767 Die Überschreitung von Grenzwerten ist keine Bagatelle, sondern gefährdet die
768 Gesundheit der Menschen. Statt auf die nächste Klage zu warten, setzen wir die
769 Grenzwerte konsequent um und unterstützen Kommunen und Kreise dabei, bevor es
770 überhaupt zu Klagen kommt. Wir legen ein Programm zur Verbesserung des
771 Messnetzes auf, das insbesondere bisher ausgesparte Orte wie Flughäfen,
772 Flusshäfen und Wohnbebauung einschließt. Zurzeit nicht erfasste, aber
773 hochgefährliche Schadstoffe wie Ultrafeinstäube nehmen wir in das Messnetz auf
774 und überwachen sie systematisch. Beim Gesundheitsschutz darf es keine Lücken
775 geben.

776 Wir stärken Bäuer*innen, Tiere und Natur

777 Gute Nahrungsmittel aus einer gesunden Natur – Sicherheit für Landwirt*innen
778 Gute Lebensmittel von artenreichen Feldern und von gesunden Tieren, hergestellt
779 von Bäuer*innen mit sicherem Einkommen in NRW. Das ist unser grüner Plan für die

Landwirtschaft der Zukunft. Immer mehr Menschen wollen regionale, klimafreundliche und gesunde Lebensmittel kaufen –und immer mehr Landwirt*innen wollen diese produzieren. Wir geben dieser Bewegung Rückenwind und wollen die Rechte der Konsument*innen durch einen besseren Verbraucher*innenschutz stärken sowie die Bäuer*innen beim Umstieg unterstützen. Landwirtschaft und der Schutz von Tieren, Klima, Umwelt und Gewässern sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Ohne eine intakte Natur, fruchtbare, Böden, sauberes Wasser und ein stabiles Klima können Landwirt*innen auf Dauer nicht sicher arbeiten. Schon heute tragen viele Landwirt*innen aktiv zum Schutz der natürlichen Ressourcen bei. Sie werden wir weiter unterstützen und allen, die den Aufbruch wagen, unter die Arme greifen. Das geht nur im engen und offenen Austausch zwischen Landwirt*innen, Verbraucher*innen und Wissenschaftler*innen. Unser Leitbild ist die ökologische, strukturreiche und bäuerliche Landwirtschaft, die auf einem Fundament von Pestizidfreiheit, Tiergerechtigkeit und Gentechnikfreiheit steht. Eine industrialisierte Massentierhaltung hat in der Landwirtschaft der Zukunft hingegen keinen Platz. Mit einer gezielten Förderung naturverträglicher Landwirtschaft geben wir mehr und mehr landwirtschaftlichen Betrieben die Planungs- und Investitionssicherheit, die sie brauchen. Unser Ziel ist es, den Anteil des Ökolandbaus von heuteknapp sieben Prozent auf 25 Prozent bis 2030 zu steigern, wie es die von uns unterstützte erfolgreiche „Volksinitiative Artenvielfalt“ fordert. Gemeinsam mit dem Bund setzen wir die europäischen Vorgaben zur Verringerung des Stickstoffeintrages durch Düngemittel konsequent um und schützen so Trinkwasser und Böden. Mittelfristig reduzieren wir den Viehbestand auf ein umwelt- und tierverträgliches Maß. Landwirtschaft entwickelt sich weiter. Wir wollen dabei die Agrarforschung hin zu einer naturverträglichen Landwirtschaft ausweiten, von vielfältigen Fruchtfolgen, über widerstandsfähige Anbausysteme bis hin zu Agroforstansätzen.

Eine Landwirtschaft ohne Pestizide – Für Bienen, Vögel und Co. 2100 Tonnen Pestizide wurden im Jahr 2017 landesweit auf den Feldern ausgebracht. Mit verheerenden Folgen für die Artenvielfalt auf und neben dem Acker und der Gesundheit von uns Menschen. Unser Ziel ist es, die Abhängigkeit der modernen Landwirtschaft von chemisch-synthetischen Pestiziden zu überwinden. Mit einem verbindlichen Pestizidreduktionsprogramm halbieren wir den Einsatz von Pestiziden kurzfristig. Besonders die für die Artenvielfalt kritischen Pestizide finden keinen Einsatz mehr. Als Steuerungsinstrument setzen wir auf eine NRW-Pestizidatenbank, mit der die Abkehr von Pestiziden für alle transparent und planbar wird. Wir lassen die Landwirt*innen auf diesem Weg nicht allein. Wo durch die Umstellung Mehrkosten anfallen, wollen wir die Landwirt*innen mit Förder- und Ausgleichskonzepten unterstützen und ihnen mit Beratungsangeboten zur Seite stehen.

Die Kosten für Umwelt und Gesundheit durch einen aus dem Ruder gelaufenen Pestizideinsatz zahlen gerade wir alle, besonders auch die Menschen auf dem Land. Mit einer verursacherorientierten Pestizidabgabe, vorzugsweise auf Bundesebene, geben wir den Schäden einen ehrlichen Preis und nutzen die Einnahmen gezielt für die Umstellung auf eine pestizidarme Landwirtschaft und die Wiederherstellung intakter Natur.

Der Einsatz für Natur, Tiere und Menschen muss sich für die Landwirt*innen lohnen

Der Löwenanteil der Agrarförderung geht derzeit an die größten Betriebe, nicht an diejenigen, die tagtäglich mit großem Aufwand gesunde Lebensmittel im

830 Einklang mit der Natur erzeugen. In Nordrhein-Westfalen werden wir alle
831 Möglichkeiten nutzen, damit das öffentliche Geld von EU, Bund und Land an die
832 Bäuer*innen und Betriebe geht, die mit ihrem Schutz von Natur und Tieren eine
833 öffentliche Leistung erbringen. Der Umstieg in eine insekten-und
834 vogelfreundliche Landwirtschaft muss sich lohnen.
835 Gerade kleine Feldeinheiten und bäuerliche Betriebe sind gut für die
836 Artenvielfalt und bilden das Rückgrat des ländlichen Raums. Mit zielgerichteter
837 Unterstützung bäuerlicher Betriebe stoppen wir das Sterben kleiner Höfe. Durch
838 den Ausbau sozialökologischer Beratungsangebote für Familienbetriebe bieten wir
839 konkrete und niederschwellige Hilfe, damit der Übergang zwischen den
840 Generationen und in die Landwirtschaft der Zukunft gelingt. Bestehende Programme
841 zum Umbau der Tierhaltung hin zu mehr Tierwohl sind für viele kleine Unternehmen
842 durch zu hohe Anforderungen versperrt. Statt umzubauen, geben so viele Betriebe
843 auf. Wir setzen ein landeseigenes Förderprogramm auf, das gezielt Bauvorhaben
844 kleinerer und mittlerer Betriebe fördert und schließen so eine Lücke in der
845 Agrarförderung. Wo Arbeitsbedingungen in landwirtschaftlichen Betrieben und dem
846 verarbeitenden Gewerbe untragbar sind, greifen wir hart gegen Ausbeutung durch
847 und unterstützen bessere Arbeitsschutzvorgaben auf Bundes-und EU-Ebene.

848 Genuss für Artenvielfalt und Natur
849 Viele Menschen wünschen sich regionale, handwerkliche Produkte aus einer
850 bäuerlichen Landwirtschaft. Wir richten in jedem Kreis und jeder Großstadt ein
851 Zentrum für handwerkliche Lebensmittelverarbeitung ein. In enger Zusammenarbeit
852 mit den Kommunen und den dortigen Betrieben wird vor Ort entschieden, was
853 gebraucht wird, vom Wiederaufbau eines kleinen Schlachthofes bis zu einer
854 regionalen Vertriebsstelle.
855 Zuverlässige Abnahme schafft Sicherheit. Mit dem „300 mal 30 Prozent-Programm“
856 fördern wir mindestens 300 Kantinen und Mensen von Betrieben, Krankenhäusern,
857 Behörden, Kitas und Schulen dabei, mindestens 30 Prozent ihrer Produkte aus dem
858 Ökolandbau zu beziehen –so viel wie möglich davon regional, direkt von den
859 Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. Hochwertiges Bio-Fleisch aus der
860 Region machen wir von der Ausnahme zum Standard, vollwertige fleischfreie und
861 vegane Angebote zur täglichen Selbstverständlichkeit. So schaffen wir regionale
862 Märkte mit fairen Preisen und Planungs-und Investitionssicherheit für
863 landwirtschaftliche Betriebe. Und nicht zuletzt: Orte, an denen viele Menschen
864 gesundes und ökologischproduziertes Essen aus ihrer Region genießen können!
865 12 Millionen Tonnen noch essbarer Lebensmittel werden jedes Jahr in Deutschland
866 weggeworfen, ein großer Teil davon auch in NRW. Gemeinsam mit dem Bund weiten
867 wir Projekte zur Eindämmung dieser Lebensmittelverschwendung aus, verpflichten
868 den Handel und Produzent*innen genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben und
869 entkriminalisieren das Retten von Lebensmitteln, das so genannte „Containern“.

870 Tiere haben ein Recht auf ein gutes Leben
871 Mit einer ambitionierten „Landesstrategie Nutztierhaltung“ wollen wir die
872 Tierhaltung deutlich verbessern und für tiergerechte Haltungsbedingungen in
873 nordrhein-westfälischen Ställen sorgen. Wir verbessern den Tierschutz auf den
874 Schlachthöfen in Nordrhein-Westfalen. Insbesondere bei tierschutzsensiblen
875 Arbeitsbereichen wie dem Zutrieb, der Betäubung und dem eigentlichen Töten, muss
876 die bisherige Akkordarbeit beendet werden. Wir stärken die Kontrollen durch
877 unabhängige Kontrolleur*innen und setzen auf flächendeckenden Einsatz von
878 Videokontrollen. Jedes Jahr werden Millionen von Schweinen vor der Schlachtung
879 mit Kohlendioxid betäubt, obwohl es Zweifel an Wirksamkeit und Schmerzfreiheit

880 gibt. Wir setzen auf tierschutzkonforme Alternativen für die CO₂-Betäubung.
881 Lange Lebendtransporte bedeuten für die Tiere ungeheure Strapazen und nicht
882 selten qualvolles Leiden. Wir beschränken Tiertransporte aus NRW in andere EU-
883 Länder ausnahmslos auf maximal vier Stunden, genehmigen sie nur unter strengen
884 Tierschutz-Auflagen und kontrollieren diese besser. Da bei Lebendtiertransporten
885 in Nicht-EU-Länder die Einhaltung der Tierschutz-Standards nicht gewährleistet
886 werden kann, werden wir diese Transporte aus NRW beenden und uns für ein
887 bundesweites Verbot einsetzen.

888 Mehr Power für den staatlichen Tierschutz
889 Um Tierschutz durchzusetzen, ist es unerlässlich, dass der oder die
890 Landestierschutzbeauftragte in Zukunft endlich weisungsunabhängig agieren kann.
891 Wir machen den Tierschutz in NRW effektiv, indem wir diesen in einem Ministerium
892 bündeln. Die seit Jahren anhaltende, unzureichende personelle Ausstattung der
893 Veterinärämter hat immer wieder zur Konsequenz, dass massive
894 Tierschutzverletzungen nicht geahndet werden. In zu vielen Fällen werden
895 Vergehen nicht durch die örtlichen Veterinärämter aufgedeckt, sondern durch
896 Tierschützer*innen, Bürger*innen oder Journalist*innen. Nicht selten bringen
897 diese sich bei dieser Aufklärungsarbeit selbst in Gefahr. Daher führen wir das
898 abgeschaffte Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände so schnell wie
899 möglich wieder ein und bauen es aus, indem wir eine Feststellungs- und
900 Anfechtungsklage mit der Möglichkeit einer aufschiebenden Wirkung für alle
901 tierschutz-relevanten Bereiche einführen.

902 Tierversuche reduzieren, Haustiere schützen
903 Die Zahl der Tierversuche ist seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau,
904 obwohl die Alternativen in den letzten Jahren vielfältiger und aussagekräftiger
905 wurden. Wir setzen uns für ein Verbot von Tierversuchen ein, für die es
906 anerkannte, tierleidfreie Alternativen gibt. Mit klaren Zielvereinbarungen,
907 gezielter Förderung und eindeutigen Vorgaben reduzieren wir die Anzahl der
908 Tierversuche deutlich und streben ein Ende von Tierversuchen an. Auch im
909 privaten Bereich kann der Tierschutz noch verbessert werden. Mit einem
910 Gefahrtiergesetz stellen wir sicher, dass potenziell für andere Menschen
911 gefährliche Tiere gut und sicher gehalten werden. Wir lehnen Reptilien- und
912 Exotenbörsen ab und setzen uns für eine stärkere Kontrolle ein. Das bestehende
913 Gifttiergesetz ist deutlich zu kurzgefasst und leistet keinen Beitrag zur
914 Eindämmung des Handels und der Haltung mit und von exotischen Wildtieren.
915 Tierheime übernehmen eine wichtige gesellschaftliche Funktion, werden aber
916 finanziell und strukturell vernachlässigt. Viel zu oft ist ihre Finanzierung von
917 Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Sponsoring abhängig. Wir führen landesweit eine
918 verbindliche Vergütung von Tierheimen für die Unterbringung von Heimtieren ein,
919 damit die Tierheime sicher planen und Tiere bestmöglich schützen können. Seit
920 Jahren sind sich Expert*innen darüber einig, dass Wildtiere unter den
921 Bedingungen nicht ortsfester Einrichtungen (Zirkusbetriebe) nicht art- und damit
922 tierschutzgerecht gehalten werden können. Trotz mehrerer Initiativen des
923 Bundesrates kam es bisher nicht zu einem Verbot der Mitführung von Wild- und
924 Großtieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten Zirkusleitlinien
925 unverzüglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen überarbeitet und
926 in diesem Punkt angepasst werden.

927 Wir bewahren unsere Landschaften und unseren Boden

928 Mit neuen Konzepten gegen den Flächenfraß

929 Unser Boden ist eine endliche Ressource. In keinem anderen Flächenland ist er so
930 knapp wie im dicht besiedelten NRW. Gleichzeitig ist der Verbrauch von Fläche
931 durch Bebauung und den Rohstoffabbau eine der Ursachen für die schlimmsten
932 Umweltprobleme, angefangen beim Artensterben, über Dürre- und
933 Hochwasserereignisse bis hin zur Erderwärmung. Wir machen endlich Ernst im Kampf
934 gegen den Flächenfraß – mit einem klaren Rechtsrahmen und intelligenten Lösungen.
935 Dazu schreiben wir zunächst eine Obergrenze für den Flächenverbrauch von fünf
936 Hektar pro Tag im Landesentwicklungsplan (LEP) fest. Bis spätestens 2035 wollen
937 wir dafür sorgen, dass nicht mehr Fläche verbraucht, als gleichzeitig entsiegelt
938 wird. Mit Hilfe von tauschbaren Flächenentwicklungs-Zertifikaten sorgen wir
939 dafür, dass unsere Kommunen und Kreise Entwicklungsspielräume behalten.
940 Gleichzeitig setzen wir mit einer Versiegelungsabgabe Anreize, Flächen der Natur
941 zurückzugeben. Um für den verbleibenden Flächenverbrauch zukünftig einen
942 wirksamen und ortsnahen ökologischen Ausgleich sicherzustellen, führen wir ein
943 klares Ökopunktesystem ein.

944 Brachflächen reaktivieren, Altlasten entsorgen

945 Der jahrzehntelange Strukturwandel hat sichtbare Spuren in Form von
946 industriellen und gewerblichem Brachflächen hinterlassen. Hier soll Neues
947 entstehen. Doch Entgiftung, Abriss und Verkehrsanschluss sind für private
948 Investor*innen und Kommunen oft unwirtschaftlich oder einfach nicht leistbar.
949 Darum verstärken wir das Engagement des Landes bei der Reaktivierung von
950 Brachflächen. Dazu bauen wir den Grundstücksfonds NRW zu einem landesweiten
951 Brachflächen- und Grundstücksfonds aus. Mit seiner Hilfe geben wir Kommunen die
952 Möglichkeit, Flächen anzukaufen, zu entwickeln und neu zu nutzen. Parallel
953 verdoppeln wir die Fördermittel des Landes für die Beseitigung von Altlasten auf
954 kommunalen Flächen und machen diese auch für gemeinnützige und
955 gemeinwohlorientierte Grundstückseigentümer*innen zugänglich.

956 Mehr grün, weniger grau: neue Standards in der Flächenentwicklung

957 Unser langfristiges Ziel ist eine Gesellschaft, die nicht mehr Fläche
958 verbraucht, als sie der Natur zurückgibt. Bis es so weit ist, setzen wir neue
959 klima- und umweltfreundliche Maßstäbe bei der Flächenentwicklung. Tote
960 Schottergärten, Parkplatzwüsten oder Industriebauten mit dem energetischen
961 Standard von Wellblechhütten wird es mit uns zukünftig nicht mehr geben.
962 Stattdessen setzen wir auf verkehrsberuhigte Plus-Energie-Siedlungen, Null-
963 Emissions-Gewerbeparks und kühle, artenreiche Gärten. Mit einer Reform des
964 Landesplanungsgesetzes geben wir unseren Städten und Gemeinden die Möglichkeit,
965 über kommunale Entwicklungssatzungen geeignete Standards für die Erschließung
966 von Grundstücken, nachhaltiges Bauen, regenerative Energiekonzepte, die
967 ökologische Gestaltung von Gärten und Freiflächen, die Versickerung von
968 Regenwasser oder die Begrünung von Dächern festzulegen.

969 "Wohnen über dem Supermarkt, parken darunter": Wir nutzen bebaute Fläche
970 effektiver

971 Den Flächenfraß aufhalten bedeutet auch, bereits bebaute Flächen effektiver zu
972 nutzen. Wir geben unseren Kommunen dafür neue Instrumente an die Hand und fördern
973 innovative Bebauungs- und Nutzungskonzepte. Dazu werden wir die Landesbauordnung
974 ändern, um unterschiedliche Nutzungen auf einem Grundstück, wie z.B. die Wohnung

975 über dem Supermarkt, leichter vereinen zu können. Wir geben Kommunen die
976 Möglichkeit, hierzu Vorgaben zu machen. Um zusätzlichen Wohnraum auf vorhandenen
977 Flächen zu schaffen, werden wir Dachausbauten und Aufstockungen fördern und dazu
978 die soziale Wohnraumförderung und die bestehenden Förderprogramme zur
979 Gebäudesanierung erweitern. Großflächig betonierten Parkplätzen vor
980 Firmengebäuden oder Supermärkten werden wir einen planungsrechtlichen Riegel
981 vorschieben und durch die Festschreibung von Tiefgaragen und Parkhäusern Fläche
982 schonen. Dabei werden wir dafür sorgen, dass in urbanen Gebieten ganz auf
983 Stellplätze verzichtet werden kann und senken durch bedarfsgerechte Vorgabe von
984 Stellplätzen die Baukosten.

985 Eine Landgesellschaft für den Naturschutz und die Land-und Forstwirtschaft
986 Grund und Boden wird nicht nur für den Siedlungsbau gebraucht. Auch wer Flüsse
987 renaturieren, Landwirt*innen fördern und eine ökologische Forstwirtschaft
988 umsetzen will, ist auf die knappe Ressource Boden angewiesen. Was in anderen
989 Bundesländern schon lange erprobt ist, wollen wir jetzt in NRW realisieren: Mit
990 einer gemeinnützigen „Landgesellschaft“ können wir Boden für ökologische, aber
991 auch für agrar-und forststrukturelle Zwecke bevorraten und vergeben. So steuern
992 wir die Bewirtschaftung unbebauter Flächen und sorgen für eine
993 gemeinwohlorientierte Nutzung. Um eine auf sozialökologische Belange abgewogene
994 Grundstücksvergabe zu gewährleisten, schaffen wir eine solide gesetzliche
995 Grundlage zur Bestimmung der Gemeinwohlkriterien und installieren ein
996 unabhängiges und fachübergreifendes Aufsichtsgremium.